

DIW-Konjunkturprognose: Dem Wintertief folgt ein Sommerhoch

Von Guido Baldi, Paul Berenberg-Gossler, Hella Engerer, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Frederik Kurcz und Laura Pagenhardt

- Omikron-Infektionswelle hat Wirtschaft in Deutschland und weltweit eingeholt und sorgt für trüben Winter
- Klingt die Pandemie ab, dürfte es deutlich aufwärts gehen
- DIW-KonjunkturforscherInnen prognostizieren Wachstum der deutschen Wirtschaft von 3,0 Prozent in diesem und 2,9 Prozent im kommenden Jahr
- Inflation wird in diesem Jahr noch höher ausfallen als im vergangenen, aber wohl schon 2023 wieder deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke liegen
- Weltwirtschaftliches Umfeld derzeit äußerst risikobehaftet: Gefahren stellen unter anderem der Russland-Ukraine-Konflikt und Chinas Immobiliensektor dar

Deutsche Wirtschaft setzt ihre Erholung fort – Vorpandemieniveau wird voraussichtlich im Sommer 2022 erreicht

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Sollte die Pandemie ab dem Frühjahr oder Frühsommer weltweit allmählich abebben, dann werden sich auch die Verwerfungen in den Lieferketten zurückbilden. Wenn sich alles wieder austariert, ist damit zu rechnen, dass die Knappheiten bei vielen Gütern und die damit verbundenen Preisspannungen deutlich nachlassen.“

— Simon Junker —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Simon Junker
www.diw.de/mediathek

DIW-Konjunkturprognose: Dem Wintertief folgt ein Sommerhoch

Von Guido Baldi, Paul Berenberg-Gossler, Hella Engerer, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Frederik Kurcz und Laura Pagenhardt

ABSTRACT

Die Omikron-Infektionswelle hat die Wirtschaft weltweit eingeholt und sorgt für einen trüben Winter. Auch wenn die Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens – vor allem dank der Impffortschritte – vielerorts nicht so drastisch ausfallen wie vor einem Jahr und es auch in Deutschland bereits Öffnungsperspektiven gibt, macht sich derzeit doch zumindest der erhebliche Arbeitsausfall infolge der hohen Infektionszahlen bemerkbar. Gleichwohl ist die wirtschaftliche Erholung in Deutschland nur unterbrochen – sobald die Pandemie ab dem Frühjahr abklingt, dürften insbesondere die kontaktintensiven DienstleisterInnen, etwa im Gastgewerbe, wieder deutlich bessere Geschäfte machen. Spätestens wenn auch die Weltwirtschaft wieder Auftrieb hat und sich die Lieferengpässe auflösen, wird auch die exportorientierte deutsche Industrie einige Gänge hochschalten. Die Inflation wird in diesem Jahr indes noch höher ausfallen als im vergangenen Jahr, 2023 aber deutlich unter die Zwei-Prozent-Marke sinken und spätestens dann den privaten Konsum zusätzlich stützen. Der maue Jahresstart sorgt unter dem Strich dafür, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit 3,0 Prozent weniger wachsen dürfte als bisher erwartet. Dennoch wird das Vorpandemieniveau des Jahres 2019 voraussichtlich schon im Sommer erreicht. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung wohl um weitere 2,9 Prozent zulegen.

Weltwirtschaft:¹ Omikron unterbricht Erholung

Die Weltwirtschaft hat Ende des vergangenen Jahres im Zuge weiterer Pandemiewellen an Dynamik verloren. Zu Jahresbeginn dürfte sich die Lage angesichts der Omikron-Welle kaum verändert haben: Die Probleme bei internationalen Lieferketten halten an, nicht zuletzt, weil die durch Isolation oder Quarantäne bedingten Arbeitsausfälle vorerst noch die Produktion und den Handel hemmen. Zudem wird angenommen, dass China an seiner relativ restriktiven Eindämmungspolitik festhält. Die Lieferengpässe verringern sich im Laufe des ersten Halbjahres daher nur schrittweise. Im Sommerhalbjahr wird indes – bei annahmegemäß abebender Pandemie – eine kräftige Erholung einsetzen, vor allem in den Ländern, in denen die Impfkampagnen weit vorangeschritten sind. Ab dem vierten Quartal 2022 wird der aufholbedingte Aufschwung der Weltwirtschaft an Fahrt verlieren: Die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben ihren langfristigen Wachstumspfad dann in etwa erreicht, die globale Wirtschaft schwenkt auf einen gemächlicheren Wachstumspfad ein (Tabelle 1).

USA: Bisher hohes Tempo nicht zu halten

In den Vereinigten Staaten hat die Wirtschaft selbst im Schlussquartal des vergangenen Jahres noch mit vergleichsweise hohem Tempo zugelegt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen, die ihre Just-in-time-Produktion zurückgefahren und deren Lager sich im Sommer geleert hatten, aus Sorge vor andauernden Lieferengpässen nun ihre Lager auffüllen. Die hohe Inflation von zeitweise rund sieben Prozent verringerte die Kaufkraft der Haushalte deutlich. Zwar wird sich die Inflation im Zuge der Normalisierung globaler Lieferketten und auch aufgrund des Auslaufens der im Dezember 2020 und März 2021 beschlossenen Fiskalpakete schrittweise zurückbilden. Das Ende der fiskalpolitischen Stimuli wird dafür aber auch den privaten Konsum und die Warenimporte dämpfen. Die US-Notenbank kündigte angesichts der hohen Inflation an, ihr Wertpapierkaufprogramm im März auslaufen zu lassen und die Leitzinsen schrittweise

¹ Diese Prognose wurde am 10. Februar 2022 abgeschlossen.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent								2020	2021	2022	2023
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023				
Euroraum	-6,5	5,2	3,7	2,3	0,3	2,6	3,4	1,6	8,0	7,7	7,0	6,7
ohne Deutschland	-7,1	6,2	4,1	2,0	0,2	2,3	3,0	1,7	9,6	9,4	8,9	8,6
Frankreich	-8,0	7,0	3,8	1,7	0,5	2,1	2,7	1,7	8,0	8,0	7,8	7,6
Italien	-9,0	6,5	3,8	1,9	-0,1	1,9	2,4	1,6	9,3	9,5	9,2	8,9
Spanien	-10,8	5,0	5,8	3,0	-0,3	3,0	3,7	1,7	15,6	15,1	14,3	13,6
Niederlande	-3,8	4,6	3,4	1,6	1,1	2,8	3,7	2,1	3,9	3,2	3,4	3,4
Vereinigtes Königreich	-9,4	7,5	4,3	2,6	1,0	2,3	4,0	2,4	4,5	4,6	4,2	4,0
USA	-3,4	5,7	3,6	2,7	1,2	4,7	4,6	2,1	8,1	5,4	3,7	3,4
Japan	-4,5	1,7	2,9	1,6	0,0	-0,2	1,0	1,3	2,8	2,8	2,7	2,5
Südkorea	-0,9	4,0	2,9	2,6	0,5	2,4	2,5	1,7	4,0	3,6	3,2	3,1
Mittel- und Osteuropa	-3,6	5,3	4,3	3,9	3,1	4,8	4,7	3,2	3,8	4,0	3,7	3,5
Türkei	1,6	10,9	3,5	3,8	12,3	19,6	25,0	15,2	13,2	12,2	11,9	11,7
Russland	-2,3	3,6	2,4	2,2	3,4	6,4	5,2	4,6	5,8	4,9	4,7	4,5
China	2,3	8,1	4,9	5,0	2,5	0,8	2,4	3,0				
Indien	-6,9	7,2	7,6	5,6	6,6	5,1	5,6	4,4				
Brasilien	-4,2	4,9	0,5	1,8	3,3	8,7	7,3	3,0	13,5	13,2	13,2	12,7
Mexiko	-8,4	5,5	3,0	2,5	3,4	6,0	4,9	3,3	4,5	4,0	3,8	3,6
Industrieländer	-4,7	5,0	3,4	2,5	0,7	3,3	3,6	1,9	6,9	5,5	4,5	4,2
Schwellenländer	-1,2	7,4	4,8	4,5	4,6	4,6	5,8	4,7	5,6	5,4	5,3	5,2
Welt	-2,5	6,4	4,2	3,6	2,8	4,0	4,9	3,5	6,2	5,4	4,9	4,8

Anmerkung: Für die Schwellenländer (mit Ausnahme Chinas) wurden für das Jahr 2021 eigene Schätzungen erstellt.

Quellen: Nationale statistische Ämter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

zu erhöhen. Auch dies wird zu einem allmählichen Rückgang der Inflationsraten beitragen.

China: Rigorose Pandemiepolitik lässt Handelspartner weiter zittern

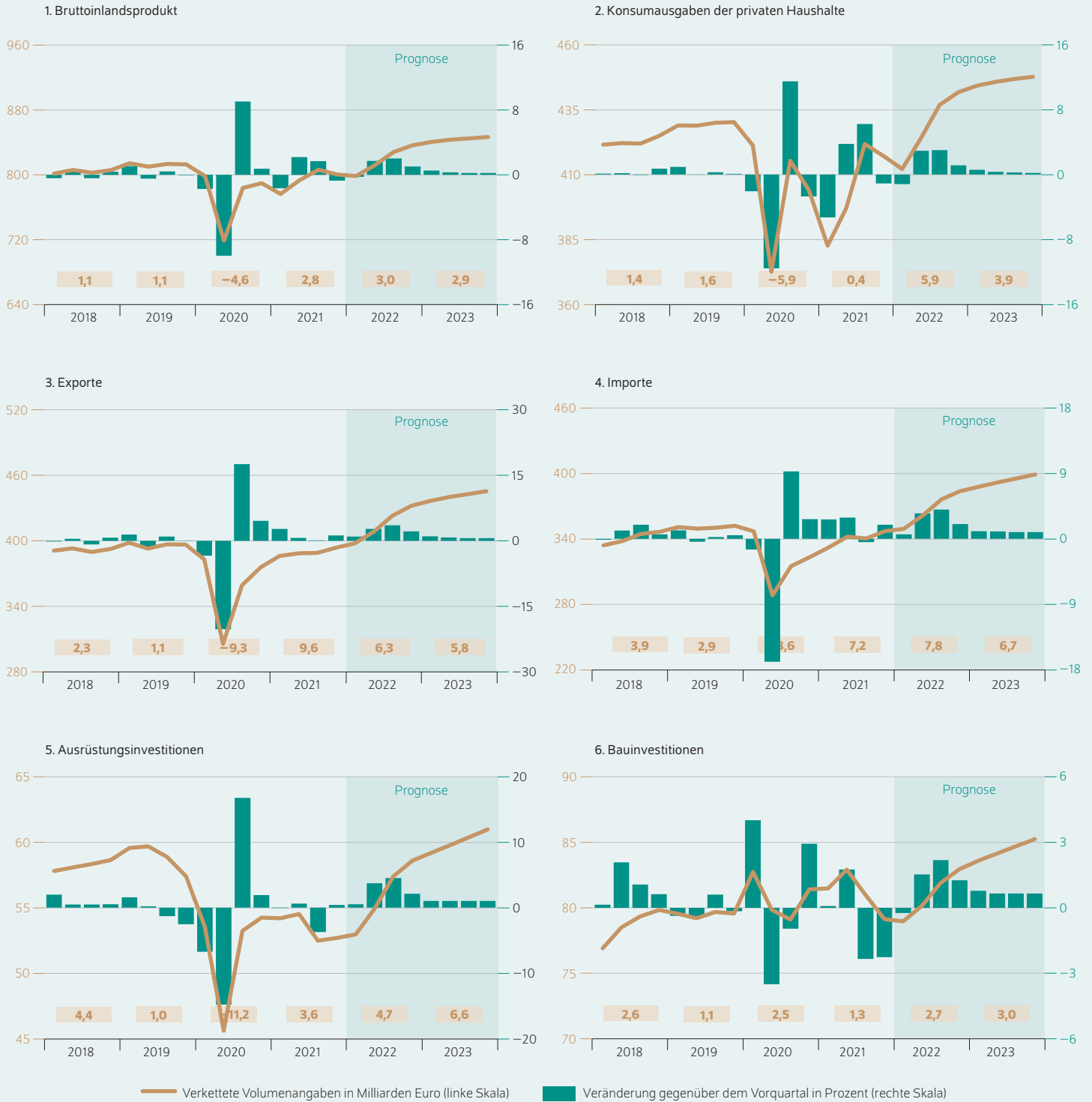
In China ist die Wirtschaft im vierten Quartal trotz schwerer Schuldenprobleme im Immobiliensektor um 1,6 Prozent gewachsen. Vor allem der private Konsum und die Exporte trieben das Wachstum, während sich die Investitionen, für China ungewöhnlich, verhalten entwickelten. Die chinesische Regierung ergreift, etwa mit der Abriegelung ganzer Städte, nach wie vor besonders rigorose Maßnahmen, um die Pandemie einzudämmen. Dies hat unter anderem zur Folge, dass es immer wieder zu vorübergehenden Schließungen von (beispielsweise) Produktionsstätten oder Häfen kommen dürfte – mit entsprechenden Folgen für die internationalen Lieferketten. Die weitere Dynamik der chinesischen Wirtschaft wird zudem durch die aufgestauten Schulden insbesondere im Immobiliensektor gebremst. Bisher scheint es der Regierung zwar zu gelingen, eine größere Krise zu verhindern; die schwelenden Probleme dürften die Wachstumsraten aber künftig deutlich geringer ausfallen lassen als noch in der Dekade vor der Pandemie – zumal nunmehr auch das Arbeitskräftepotenzial nicht weiter zunehmen dürfte.

Europa: Deutliche Brems Spuren, aber gute Aussichten

In Europa, vor allem im Euroraum, hinterließen die jüngsten Pandemiewellen, die Engpässe bei internationalen Lieferketten und die nicht zuletzt deswegen anziehende Inflation im Schlussquartal 2021 deutliche Brems Spuren. Zu der deutlich gestiegenen Inflation tragen explodierende Rohstoffpreise bei, die auch Unsicherheiten rund um den Russland-Ukraine-Konflikt abbilden. Die Lage auf den Arbeitsmärkten ist indes in Europa vielerorts günstig, das Vertrauen der KonsumentInnen ist trotz der Omikron-Welle nur moderat zurückgegangen. Zudem wird der Tourismus zum Sommer hin wieder merklich zulegen und verschiedenen europäischen Urlaubsdestinationen Geld in die Kassen spülen. Im weiteren Prognosezeitraum gehen dann von den Aufbauhilfen im Rahmen der Europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität immer mehr stimulierende Effekte aus, die die Investitionen in der Breite vor allem mittelfristig anschieben dürften. Vor dem Hintergrund einer höheren Inflation wird die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldpolitik schrittweise weniger expansiv gestalten; eine rasche geldpolitische Straffung ist jedoch nicht zu erwarten. So wird die EZB zwar ihre Wertpapierkäufe im Rahmen des zu Pandemiebeginn gestarteten Notfallkaufprogramms voraussichtlich im März auslaufen lassen. Die angekündigte vorübergehende

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten¹
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



¹ Für das Jahr 2021 liegen bislang nur die Verläufe des Bruttoinlandsprodukts vor, die übrigen Quartalsverläufe wurden geschätzt. Dabei wurde insbesondere auf die monatlichen Zahlen des Spezialhandels zurückgegriffen, die deutlich geringere Importe anzeigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Prognose ab dem ersten Quartal 2022.

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2021 ¹				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-5,3	3,8	6,2	-1,1	-1,2	2,9	3,0	1,1	0,6	0,3	0,3	0,2
Öffentliche Konsumausgaben	-1,0	4,6	-1,7	0,5	0,2	0,0	-0,2	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	1,3	-2,2	-0,9	0,1	2,0	2,6	1,4	0,8	0,8	0,8	0,8
Bauten	0,1	1,8	-2,3	-2,2	-0,2	1,5	2,2	1,3	0,8	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	-0,1	0,6	-3,7	0,4	0,5	3,7	4,5	2,1	1,0	1,0	1,0	1,0
Sonstige Investitionen	-2,6	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ²	1,1	-0,1	-0,7	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-2,0	3,3	1,5	-0,6	-0,5	2,0	2,1	0,9	0,5	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ²	0,2	-0,8	0,2	-0,2	0,2	-0,2	0,0	0,2	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Export	2,7	0,7	0,1	1,2	1,0	2,7	3,5	2,1	1,0	0,8	0,6	0,6
Import	2,7	2,9	-0,4	2,0	0,6	3,5	4,0	2,0	1,0	1,0	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,7	-0,3	1,7	2,0	1,0	0,5	0,3	0,2	0,2

1 Für das Jahr 2021 liegen bislang nur die Verläufe des Bruttoinlandsprodukts vor, die übrigen Quartalsverläufe wurden geschätzt. Dabei wurde insbesondere auf die monatlichen Zahlen des Spezialhandels zurückgegriffen, die deutlich geringere Importe anzeigen.

2 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Prognose ab dem ersten Quartal 2022.

Erhöhung ihres allgemeinen Wertpapierkaufprogramms dürfte die wirtschaftliche Erholung im Euroraum aber weiterhin stützen. Im Vereinigten Königreich wird die wirtschaftliche Erholung im Sommer dagegen durch die Folgen des Brexit etwas gebremst.

Mittel- und Osteuropa: Russland-Ukraine-Konflikt belastet

In Mittel- und Osteuropa verzeichnet die Industrie gut gefüllte Auftragsbücher. Mit dem allmählichen Auflösen der Lieferproblematik dürfte die Produktion ab Frühlommer daher deutlich an Fahrt gewinnen. Hinzu kommen fiskalische Impulse durch Mittelzuweisungen aus dem europäischen Wiederaufbaufonds.² Auf der russischen Wirtschaft lasten Unsicherheiten des Russland-Ukraine-Konflikts, der Rubel hat seit Jahresbeginn weiter gegenüber dem Dollar und Euro abgewertet. Immerhin haben die Exporteinnahmen aufgrund des gestiegenen Ölpreises zugenommen und entlasten den föderalen Haushalt.

Insgesamt senkt das DIW Berlin seine Prognose für die Weltwirtschaft zwar, erwartet aber für dieses Jahr dennoch eine kräftige Wachstumsrate von 4,2 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sie dann noch bei 3,6 Prozent liegen.

Deutsche Wirtschaft:³ Pandemie bremst noch, Industrie steht aber in den Startlöchern

Die vierte und fünfte Corona-Welle haben die deutsche Wirtschaft im Winter stärker beeinträchtigt als bislang unterstellt. Obwohl die Industrie zum Jahresende ihre Talfahrt beendet haben dürfte, ist die deutsche Wirtschaft bereits im vierten Quartal 2021 deutlich geschrumpft (Abbildung 1). Um Infektionen einzudämmen, sind viele Dienstleistungsbranchen vom Wirtschaftsgeschehen abgeschnitten – sowohl durch gesetzliche Vorgaben als auch durch die Zurückhaltung und Vorsicht vieler Menschen. Die damit verbundenen Umsatzeinbußen dürften bis in das Frühjahr hinein erheblich, aber bei Weitem nicht so gravierend wie vor einem Jahr, ausfallen und zu einem weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung führen. Unterstellt wird für die vorliegende Prognose, dass die Pandemie ab dem Frühjahr abebbt und entsprechend der Öffnungsperspektiven eine Rückkehr zur Normalität zulässt. Wie in den vergangenen zwei Jahren dürfte die dann rasch einsetzende Erholung mit kräftigen Wachstumsraten, etwa beim privaten Verbrauch, einhergehen (Tabelle 2). Mit dem Abklingen der Pandemie dürften auch globale Produktionsverflechtungen allmählich wieder in ihren Takt finden (Tabelle 3). Im Zuge der sich normalisierenden Verfügbarkeit von Vorleistungsgütern wird die Industrie Fahrt aufnehmen und die aufgestaute Nachfrage zügig abarbeiten. Alles in allem wächst die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um voraussichtlich 3,0 Prozent (Tabelle 4). Wegen der zwei negativen Quartale im Winter ist das zwar deutlich weniger als bislang erwartet, allerdings dürfte das Vorkrisenniveau im Sommer dieses Jahres schon wieder überschritten

² Bislang sind allerdings nur die Aufbau- und Resilienzpläne Tschechiens und Rumäniens durch die Europäische Kommission bewilligt. Die Auseinandersetzung um die Einhaltung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips mit Polen, für das mit 24 Milliarden Euro besonders hohe Zuschüsse vorgesehen sind, gefährdet die Überweisung.

³ Diese Prognose wurde am 10. Februar 2022 abgeschlossen.

Tabelle 3

Reale Bruttowertschöpfung

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttowertschöpfung	-0,3	1,7	2,0	1,0	0,5	0,3	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,3	2,5	4,0	2,4	1,1	0,5	0,4	0,4
Baugewerbe	-0,3	1,5	2,2	1,3	0,7	0,7	0,6	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,6	3,6	2,2	0,7	0,5	0,3	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	-0,5	1,2	2,2	1,8	0,6	0,3	0,1	0,1
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-1,2	1,0	0,8	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

Tabelle 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2020	2021	2022	2023
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-4,6	2,8	3,0	2,9
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44 898	44 920	45 287	45 566
Erwerbslose, ILO	1 664	1 507	1 294	1 202
Arbeitslose, BA	2 695	2 613	2 291	2 151
Erwerbslosenquote, ILO ²	3,8	3,5	3,0	2,8
Arbeitslosenquote, BA ²	5,9	5,7	5,0	4,7
Verbraucherpreise ³	0,5	3,1	3,8	1,5
Lohnstückkosten ⁴	3,4	0,9	1,7	1,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,0	6,9	4,8	4,6

Stand: 10. Februar 2022.

- 1 In Preisen des Vorjahres.
- 2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).
- 3 Verbraucherpreisindex.
- 4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.
- 5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; eigene Berechnungen. Prognose ab dem Jahr 2022.

© DIW Berlin 2022

werden und die Wirtschaft im Jahresdurchschnitt kaum noch unterausgelastet sein (Abbildung 2). Vor allem aufgrund der anhaltend kräftigen Aktivität in der Industrie legt die deutsche Wirtschaft wohl auch im kommenden Jahr kräftig, um 2,9 Prozent, zu und ist dann gut ausgelastet.⁴

Außenhandel gewinnt im Sommer an Schwung

Produktionshemmnisse haben im Verlauf des vergangenen Jahres dazu geführt, dass die deutschen Ausfuhren der kräftigen Auslandsnachfrage, also den exportgewichteten

⁴ Die Auslastung wird durch den enormen Gewinnsprung von Biontech überzeichnet und dürfte nahe zu einen halben Prozentpunkt niedriger liegen als von den Verfahren zur Potenzialbestimmung ermittelt und in der Abbildung dargestellt. Vgl. Simon Junker et al. (2021): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2021. DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar; abgerufen am 10. Februar 2022). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Importen der Handelspartner, hinterherhinken (Abbildung 3). Trotz eines Dämpfers zu Beginn dieses Jahres und des im Verlauf etwas abflachenden Trends entwickelt sich die Auslandsnachfrage mit einer Steigerung von knapp sechs Prozent in diesem und gut vier Prozent im kommenden Jahr weiterhin kräftig. Sogar noch stärker dürften in diesem Sommer die Exporte „Made in Germany“ ausgeweitet werden, sobald die Industrie den Auftragsüberhang⁵ abarbeitet und bislang nicht erfolgte Ausfuhren nachgeholt werden. Im vergangenen Jahr hat sich gezeigt, dass sich der internationale Dienstleistungsverkehr – mit Einschränkungen auch die Reisetätigkeit – rasch von den pandemiebedingten Einbrüchen erholt. Zwar ist diese Erholung derzeit unterbrochen, ab Sommer dürfte das Vorkrisenniveau aber zügig näher rücken. Voraussetzung für schwungvolle Ausfuhren sind aber auch ungestörte Einfuhren: Zunächst werden die derzeit noch fehlenden Vorleistungen importiert, fließen in den Produktionsprozess ein und verlassen erst dann teilweise wieder das Land als Bestandteil der Endprodukte. Noch kräftiger als die Einnahmen dürften im laufenden Jahr die Ausgaben im Dienstleistungsverkehr zunehmen, die zu einem größeren Teil für Urlaubsreisen anfallen.

Alles in allem wird der Außenhandel kräftig wachsen. In nominaler Rechnung steigen die Importe dieses Jahr erheblich stärker als die Exporte – die Einfuhrpreise legen knapp zweistellig zu, die Terms-of-Trade verschlechtern sich massiv. Deshalb schmilzt der Leistungsbilanzsaldo in diesem Jahr auf etwa fünf Prozent und verharrt dort im kommenden Jahr.

Erholung auf dem Arbeitsmarkt kaum beeinträchtigt

Auf dem Arbeitsmarkt bleiben die Auswirkungen der jüngsten Infektionswellen begrenzt: Im zweiten Halbjahr 2021 fanden im Mittel jeden Monat gut 50 000 Personen eine Stelle – und dieses Tempo hielt bis zuletzt an. Dies ging maßgeblich auf den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zurück. Auch die Zahl der MinijobberInnen erholte sich zwar leicht, zuletzt (im November) sank sie indes im Zuge der sich anbahnenden Flaute bei den kontaktintensiven DienstleisterInnen wieder etwas. Nach einer Delle zum Jahresbeginn, die vor allem bei den MinijobberInnen durchschlägt, dürfte sich der Beschäftigungsaufbau ab dem Frühsommer aber wieder dynamischer fortsetzen (Tabelle 5) – die Zahl der Erwerbstätigen wird dieses Jahr wohl um 370 000 und im Jahr 2023 um weitere 280 000 Personen steigen. Das Vorkrisenniveau wird zum Jahresende 2022 erreicht. Die Arbeitslosigkeit sinkt entsprechend deutlich – in diesem Jahr um 320 000 Personen und im kommenden Jahr um 140 000 Personen, bei einer wieder auf das Vorkrisenniveau steigenden Partizipationsquote. Die Arbeitslosenquote geht in diesem Jahr deutlich von 5,7 auf 5,0 Prozent zurück und sinkt im Jahr 2023 noch einmal leicht, auf dann 4,7 Prozent.

⁵ Der Auftragsbestand liegt um mehr als ein Viertel höher als vor der Pandemie; die Auftragsreichweite beträgt 7,6 Monate – bis zum Jahr 2019 lag der Durchschnitt bei 5,3 Monaten.

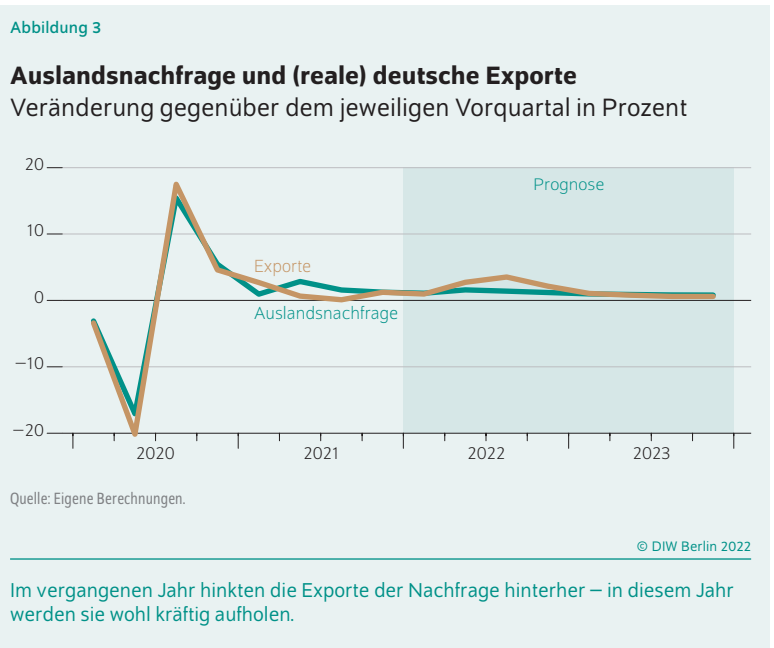
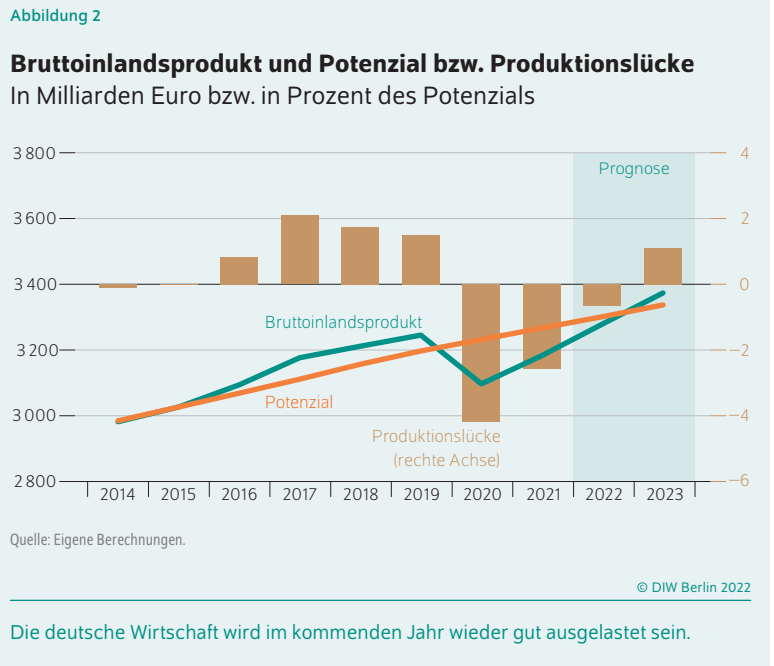
Die Produktionsflaute im Winter 2021/22 wird erneut vor allem durch eine stärkere Inanspruchnahme der Kurzarbeit aufgefangen, besonders zum Jahresauftakt: Mit knapp einem halben Prozentpunkt im ersten Quartal fällt der Effekt auf das Arbeitsvolumen aber nicht mehr so ins Gewicht wie zu Beginn der Pandemie.⁶ Hinzu kommt jedoch, angesichts der im Vergleich zu den bisherigen Wellen sehr hohen Inzidenz, in größerem Umfang als zuvor ein krankheits- und quarantänebedingter Arbeitsausfall. Nichtsdestotrotz ist auch dieses Jahr insgesamt durch eine deutliche Ausweitung der Arbeitszeit gekennzeichnet. Nach der kurzen Unterbrechung wird die Kurzarbeit nämlich weiter deutlich reduziert, auf etwa 380 000 im Jahresdurchschnitt 2022. Im kommenden Jahr wird die Kurzarbeit wohl keine Rolle mehr spielen.

Die effektiven Stundenlöhne dürften dieses Jahr stärker steigen als zuvor, um 2,3 Prozent. Auch die Mindestlohnhebungen schlagen zu Buche: Nach einer Anhebung auf 9,82 Euro zu Beginn dieses Jahres folgen noch zwei weitere Erhöhungen der gesetzlichen Lohnuntergrenze, zunächst zum 1. Juli auf 10,45 Euro und schließlich zum 1. Oktober 2022 auf die im Koalitionsvertrag der „Ampel“ vereinbarten zwölf Euro. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich der Mindestlohn damit auf 10,52 Euro – ein gut zehnpromzentiges Plus gegenüber dem Jahr 2021. Für das Jahr 2023 führt die Anhebung auf zwölf Euro zu einem jahresdurchschnittlichen Plus von 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zudem dürften die Löhne bei anhaltend guter Konjunktur, höherer Inflation und zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt auch in der Breite zulegen. Dafür spricht auch, dass die Beschäftigung stärker im sozialversicherungspflichtigen Bereich und dort wiederum in Branchen mit relativ hohen Löhnen, etwa dem verarbeitenden Gewerbe, aufgebaut wird. Alles in allem steigen die effektiven Stundenlöhne im kommenden Jahr voraussichtlich um drei Prozent.

Inflation dieses Jahr noch höher

Die Inflation wird mit 3,8 Prozent im laufenden Jahr die bereits hohe Rate vom vergangenen Jahr deutlich übersteigen. Trotz des Wegfalls des Mehrwertsteuereffekts (der knapp einen Prozentpunkt ausmachen dürfte) verharnte der Verbraucherpreisanstieg im Januar bei 4,9 Prozent. Dies lag auch an kräftig gestiegenen Nahrungsmittelpreisen. Treiber bleiben aber in erster Linie die Energiepreise, die um gut ein Fünftel höher lagen als ein Jahr zuvor. Dazu hat die Anhebung der CO₂-Bepreisung zum Jahresbeginn lediglich rund zwei Prozentpunkte beigetragen. Ausschlaggebend sind die explodierenden Rohstoffpreise: Zu Beginn des Jahres sind die Rohölnotierungen um ein Sechstel in die Höhe geschossen; sowohl Gas- als auch Strompreise sind nahe ihrer Rekordniveaus. Entlastend gewirkt hat lediglich die Absenkung der EEG-Umlage, die abgeschafft werden soll. In dieser Prognose ist unterstellt, dass dies zum Jahresbeginn 2023 erfolgt und im kommenden Jahr erneut die Preisentwicklung dämpft. Im Verlauf sind kaum weitere

⁶ Zum Vergleich: Im zweiten Quartal 2020 waren rund fünf Prozent der im Verlauf gesunkenen Arbeitszeit auf den damals massiven Einsatz von Kurzarbeit zurückzuführen.



Rückgänge zu erwarten – so weisen die Ölpreis-Futures, auf denen annahmegemäß die Rohölnotierungen basieren, nur auf verhalten sinkende Preise hin. Im Jahresmittel liegen die Ölpreise dieses Jahr damit noch mehr als ein Viertel über dem Vorjahresdurchschnitt und im kommenden Jahr sinken sie lediglich um knapp ein Zehntel – dies dämpft im Jahr 2023 aber den Preisaufrtrieb. Dagegen steht die erneute Anhebung der CO₂-Bepreisung, die ein Zehntel zur Inflation beitragen dürfte.

Auch die häufig zur Einschätzung der Inflation herangezogene Kernrate, die die massiv gestiegenen Energiepreise ausklammert, klettert in diesem Jahr auf außergewöhnlich hohe

Kasten

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die Finanzpolitik stand in den vergangenen zwei Jahren im Zeichen der Pandemie. Wie bereits im Jahr 2021 werden auch im Jahr 2022 von dem Wegfall vieler Maßnahmen restriktive Impulse ausgehen (Tabelle). Dennoch geht die Pandemie weiterhin mit erheblichen Belastungen für die öffentlichen Haushalte einher. Viele der beschlossenen Steuererleichterungen wirken nach und die Investitionsprogramme führen im laufenden und im kommenden Jahr zu Ausgaben. Mit der fünften Corona-Infektionswelle wurden zudem einige Maßnahmen, beispielsweise Unterstützungsleistungen für Soloselbstständige, bis Ende März 2022 verlängert. Im laufenden Jahr sind auch weiterhin Zuschüsse an Krankenhäuser, Mehrausgaben für die Impfkampagne, für den Kauf von Medikamenten und anderes erforderlich. Im Jahr 2023 dürften die mit der Pandemie verbundenen Mehrausgaben dann weitestgehend entfallen. Die in den vergangenen Jahren aufgelegten Programme zum Klimaschutz bringen hingegen auch im Prognosezeitraum erhebliche Mehrausgaben mit sich.

Bei den Steuereinnahmen wirkt im laufenden Jahr noch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags nach. Außerdem wird der Grundfreibetrag angehoben und die Tarifeckwerte der Einkommensteuer werden verschoben. Diese Änderungen werden im laufenden Jahr allerdings nicht ausreichen, die Effekte der kalten Progression auszugleichen. Für das Jahr 2023 ist unterstellt, dass die Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression wieder vollständig zurückgegeben werden.

Bei den Sozialversicherungen führen finanzpolitische Änderungen ebenfalls zu höheren Ausgaben. So ist beispielsweise die Grundrente weiterhin mit Mehrausgaben verbunden. Zu Beginn des Jahres 2022 trat eine Pflegereform in Kraft, die nur teils über Beiträge finanziert wird. Nachdem die Finanzpolitik während der Pandemie dafür Sorge trug, dass der kumulierte Beitragssatz zu den Sozialversicherungen unter der 40-Prozent-Marke blieb, wird die demografische Entwicklung nun nach und nach dazu führen, dass die Beitragssätze steigen – vor allem ab dem Jahr 2023. Dann dürften der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wie auch der zur Gesetzlichen Rentenversicherung deutlich angehoben werden. Außerdem dürfte der durchschnittliche Zusatzbeitrag bei den gesetzlichen Krankenversicherungen steigen.

Die Folgen der Neuausrichtung der Finanzpolitik auf Grundlage des Koalitionsvertrages sind noch immer nur schwer einzuschätzen. Nur wenige Vorhaben sind bisher hinreichend konkretisiert. Dazu gehören eine Anhebung des Sparerfreibetrags, eine Verlängerung der Homeoffice-Pauschale und „Superabschreibungen“ für

digitale Wirtschaftsgüter. Außerdem zeichnet sich ab, dass Beiträge der ArbeitnehmerInnen für die Gesetzliche Rentenversicherung ab dem Jahr 2023 wohl voll absetzbar sein werden.

Die Minijob-Grenze dürfte zum 1. Oktober 2022 auf 520 Euro pro Monat steigen und der allgemeine Mindestlohn wird dann auf zwölf Euro je Stunde angehoben. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte werden allerdings gering sein. Angekündigt sind auch Änderungen beim Teilhabechancengesetz oder die Abschaffung des Arbeitslosengeldes II und die Einführung eines Bürgergeldes, Verbesserungen beim BAföG, beim Wohngeld oder der Familienförderung. Diese Maßnahmen sind derzeit – weder in ihrer Ausgestaltung noch hinsichtlich des Zeitpunkts – abzuschätzen. Angekündigt und quantifizierbar ist hingegen, dass im Jahr 2022 ein Pflegebonus fließen soll.

Erhebliche Auswirkungen dürften von der Neuausrichtung der Klimapolitik auf die öffentlichen Haushalte ausgehen. Überraschend und kurzfristig wurde die staatliche Förderung für energetische Gebäudeeffizienz gestoppt; eine Nachfolgeregelung wurde noch nicht beschlossen. Auch ist bekannt, dass die EEG-Umlage spätestens ab dem Jahr 2023 in den Bundeshaushalt übernommen und aus dem Energie- und Klimafonds finanziert werden soll. Damit dürften die Endverbraucherpreise der StromkundInnen sinken und die im Staatskonto ausgewiesenen Subventionen an die Produzenten kräftig zunehmen. Ein Klimaschutzsofortprogramm ist angekündigt und soll bis Ende 2022 ausgearbeitet werden. Zusätzliche Maßnahmen – ob im Kfz-Steuerbereich oder bei der Förderung – dürften wohl beschlossen werden, lassen sich derzeit allerdings ebenfalls nicht abschätzen. Gleiches gilt für die für das Jahr 2023 angestrebte CO₂-Differenzierung der Lkw-Maut. Viele der angekündigten Maßnahmen, etwa im Bereich des Klimaschutzes, für den Neubau von Wohnungen oder die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung neuer Sozialwohnungen, werden mit öffentlichen Investitionen einhergehen. Auch hier lässt sich aber noch keine konkrete Ausgestaltung erkennen.

Mit den in dieser Prognose zugrunde gelegten Maßnahmen ist die Finanzpolitik im Jahr 2022 und auch im Jahr 2023 deutlich restriktiv ausgerichtet. Mit der weiteren Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben dürften die ausgewiesenen restriktiven Impulse aber bereits im Jahr 2022 deutlich niedriger liegen. Die ersten Hinweise dürfte der Eckwertebeschluss für den Haushalt 2022 und der Haushaltsentwurf 2023, der am 9. März vom Kabinett verabschiedet werden wird, liefern.

2,6 Prozent. Die durch die Preisanstiege bei vielen Rohstoffen immensen Kostenschübe reichen die Unternehmen nach und nach an die VerbraucherInnen weiter. Bei annahmegoemäß allmählich nachlassenden Spannungen bei den Vorleistungen wird der Preisauftrieb jedoch langsam abebben. Andererseits führen die anstehenden Mindestlohnhebungen zu

weiteren Kostensteigerungen auf der Produktionsseite, die ebenfalls zum Teil die Inflation ankurbeln. Die Kerninflation gibt somit im kommenden Jahr zwar nach, bleibt aber mit knapp zwei Prozent hoch. Die Inflation dürfte sich im Jahr 2023 – bei gleichzeitig sinkenden Energiepreisen – mit 1,5 Prozent dennoch wieder unter zwei Prozent einpendeln.

Tabelle

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr

	2022	2023		2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			Ausgaben der Sozialversicherungen		
Teilabschaffung des Solidaritätsbeitrags	-1,4	-0,4	Grundrente	-1,9	0,8
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,6	Anpassung der Renten Ost	-0,5	-0,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	Pflegereform	-1,2	-0,7
Änderungen bei der Tabaksteuer	1,8	0,6	Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktors im Jahr 2022	1,2	0,0
Zweites Familienleistungsgesetz	-4,5	-0,6	Sonstige Maßnahmen ⁵	-0,7	-0,2
Tarifverschiebung Einkommensteuer im Jahr 2023 und 2024		-3,5	Corona-Hilfen		
Volle Absetzbarkeit der Sozialbeiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung ab dem 1. Januar 2023		-1,4	Hilfen für Unternehmen	29,0	6,0
Anhebung des Sparerfreibetrags zum 1. Januar 2023		-0,5	Senkung der Umsatzsteuersätze inkl. Minderausgaben für staatliche Käufe	3,0	0,0
Verlängerung der Homeoffice-Pauschale		-1,0	Stabilisierung der EEG-Umlage	2,8	3,0
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	-1,0	-1,0	Degressive AfA	-3,5	0,5
„Superabschreibungen“ für digitale Wirtschaftsgüter und Verlängerung der Verlustverrechnungsregeln bei den Gewinnsteuern bis Ende 2023		-2,3	Forschungsförderung	-0,1	0,5
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computerhardware und Software	-2,9	-2,4	Schutzmasken, Tests, Impfungen	5,0	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-2,4	0,3	Finanzhilfen im Gesundheitssektor	5,0	9,0
CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)	1,6	1,8	Programm „Neustart Kultur“	1,0	0,4
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klima-Kabinetts)	-0,5	-0,2	Aufholprogramm für Kinder	-0,5	1,3
Einnahmen der Sozialversicherungen			Außerordentliche Wirtschaftshilfe November und Dezember 2020	14,0	0,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2022 um 0,03 Prozentpunkte	-0,3	0,0	Kinderbonus II	2,4	0,0
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2022	0,4	0,0	Reduzierter Umsatzsteuersatz in der Gastronomie	-0,7	2,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023		2,5	Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld	5,0	2,5
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung um jeweils 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2023		1,2	Übrige Corona-Maßnahmen	4,9	2,1
Anhebung der Minijob-Grenze auf 520 Euro je Monat zum 1. Oktober 2022	0,0	0,1	Corona-Maßnahmen	67,3	27,8
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023		3,5	Insgesamt		
Ausgaben der Gebietskörperschaften			In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Senkung der EEG-Umlage gemäß Klimapakett und Übernahme der EEG-Umlage in den Bundeshaushalt Mitte des Jahres 2022/zum 1. Januar 2023		12,6		108,0	69,3
Pflegebonus im Jahr 2022	-1,0	1,0		2,8	1,7
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	-0,5	-1,3	Stand: 2. Februar 2022.		
Fonds für Breitbandausbau und Digitalpakt	0,0	-0,3	1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen.		
Gute-KiTa-Gesetz	-0,4	1,0	2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassensjahr.		
Einmaliger Heizkostenzuschuss für WohngeldempfängerInnen	-0,2	0,2	3 Fondsstandortgesetz, Modernisierung der Körperschaftsteuer, Änderung des Rennwett- und Lotteriesteuergesetzes, Modernisierung der Körperschaftsteuer, Änderung des Rennwett- und Lotteriesteuergesetzes, Erstes Familienentlastungsgesetz, Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet, Erhöhung der Behindertenpauschalbeiträge und Anpassung an weitere steuerliche Regelungen, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Jahressteuergesetz 2020, Gesetz zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften, Anhebung der Minijob-Grenze und Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro je Stunde jeweils zum 1. Oktober 2022.		
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts	-6,3	2,1	4 Ausbau von Ganztagschulen, Investitionspaket des Bundes vom März 2020, Arbeit-von-morgen-Gesetz, 13 500 neue Stellen in den Bereichen Sicherheit und Justiz, Teilhabechancengesetz, Änderungen beim Wohngeld, Starke-Familien-Gesetz, Aufstockung BAföG, Qualifizierungschancengesetz, Angehörigenentlastungsgesetz, „Bauernmilliarde“, Aufstockung Entwicklungshilfe, Baukindergeld.		
Verteidigung	-3,0	3,0	5 Arbeit-von-morgen-Gesetz, Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, Terminalservice- und Versorgungsgesetz, Erhöhung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte, Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz.		
Aufbauhilfe 2021 (Bund und Länder)	-2,0	0,0	Quelle: Bundesregierung; eigene Berechnungen und Schätzungen.		
Weitere Maßnahmen ⁴	0,0	0,7	© DIW Berlin 2022		

Konsum erholt sich im Sommer dank stabiler Einkommen rasch

Die Einschränkungen bei kontaktintensiven Dienstleistungen – die staatlichen Voraussetzungen zu deren Nutzung (wie ein Impf- oder Genesenennachweis) einerseits

und der freiwillige Verzicht zur Vermeidung einer Infektion andererseits – spiegeln sich in einem entsprechend geringeren privaten Konsum wider. Nicht verausgabte Mittel können zwar anderweitig genutzt werden, die Möglichkeiten hierzu sind aber begrenzt – nicht zuletzt durch die derzeit eingeschränkte Verfügbarkeit vieler Waren, etwa im

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2018	2019	2020	2021	2022
Erwerbstätige im Inland	45,27	44,90	44,92	45,29	45,57
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,15	4,04	3,93	3,86	3,80
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33,54	33,58	33,92	34,36	34,57
BeamInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,86	1,88	1,90	1,92	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (MinijobberInnen)	4,57	4,27	3,76	3,76	3,88
Sonstige	1,14	1,13	1,41	1,39	1,37
+/- PendlerInnen, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,14	-0,10	-0,12	-0,12	-0,12
Erwerbstätige InländerInnen	45,13	44,80	44,80	45,17	45,45
Erwerbslose	1,37	1,66	1,51	1,29	1,20
Erwerbspersonen	46,50	46,47	46,31	46,46	46,65
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,27	2,70	2,61	2,29	2,15
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	5,0	5,9	5,7	5,0	4,7
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	6,3	7,4	7,2	6,2	5,9
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	3,0	3,6	3,3	2,8	2,6
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	3,2	3,8	3,5	3,0	2,8
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	42,2	41,8	41,4	41,7	42,0

- 1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.
- 2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.
- 3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

mehr und mehr auf den Geschäftsbetrieb unter Pandemiebedingungen eingestellt. Unter dem Strich werden betroffene Bereiche, etwa das Gastgewerbe, empfindliche, aber im Vergleich verhaltene Umsatzeinbußen erleiden (Abbildung 4). Ab dem Frühjahr, wenn die Pandemie annahmegemäß abebbt, dürfte sich der private Verbrauch wie in den vorangegangenen beiden Jahren rasch – und dann nachhaltig – beleben und ab Mitte des Jahres das Vorkrisenniveau übersteigen, einhergehend mit kräftigen Impulsen etwa im Gast- und Reisegewerbe.

Nach wie vor steigen, auch durch die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, die Einkommen der privaten Haushalte spürbar: Die Lohnsumme hat im vergangenen Jahr wieder kräftig zugelegt und im Zuge der Rückführung der Kurzarbeit, des merklichen Beschäftigungsaufbaus und anziehender Stundenlöhne wird sie in diesem und im nächsten Jahr um rund viereinhalb Prozent zunehmen. Auch netto bleibt das Plus spürbar, wenngleich die progressionsbedingt anziehende Lohnsteuer stärker belastet, da die Anhebung des Grundfreibetrags und die Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer im laufenden Jahr nicht ausreichen, inflationsbedingte Mehreinnahmen zurückzugeben (Kasten). Bei den monetären Sozialleistungen flachen die Zuwächse indes ab, vor allem, weil mit dem Abbau der Kurzarbeit auch die damit verbundenen Transferzahlungen wegfallen. Alles in allem sind die verfügbaren Einkommen in der Krise bemerkenswert stabil geblieben und werden auch im Prognosezeitraum das Tempo vom vergangenen Jahr in etwa halten.

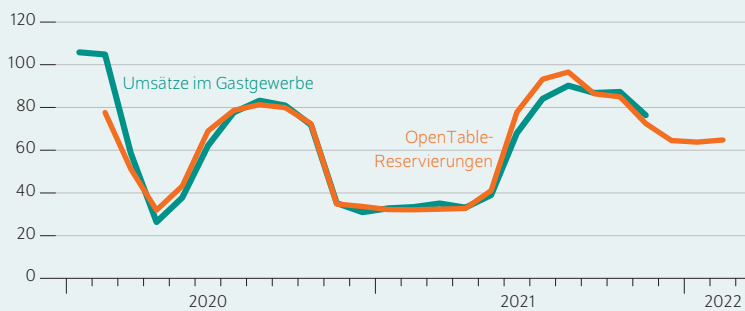
Insgesamt wird der private Verbrauch in diesem Jahr nominal fast zweistellig zulegen, wobei ein großer Teil auf die vorübergehend hohe Teuerung zurückgeht. Im kommenden Jahr entschleunigen die Zuwächse, auch seitens der Preise. Real dürfte der private Konsum in diesem Jahr um knapp sechs Prozent zunehmen und das Vorkrisenniveau erreichen. Im kommenden Jahr wird er sich bei einem Zuwachs von knapp vier Prozent dem Vorkrisentrend annähern.

Knappheit und Preisexplosion lasten auf Investitionen

Die anhaltenden Material- und Transportengpässe lasten weiterhin auf den Ausrüstungsinvestitionen. Die prall gefüllten Auftragsbücher konnten zum Jahresende 2021 vielerorts nicht in die entsprechende Produktionstätigkeit umgesetzt werden. Zwar deutete sich im Januar eine leichte Entspannung an – das Geschäftsklima der Investitionsgüterhersteller stieg deutlich. Eine zunehmende Ausbreitung der Omikron-Variante in China würde jedoch erneute Einschränkungen in der dortigen Produktion sowie im internationalen Warenverkehr nach sich ziehen und diese Tendenz umkehren. Ohnehin gaben 85 Prozent der vom ifo Institut befragten Unternehmen im Bereich Investitionsgüter im Januar an, durch Materialknappheit eingeschränkt zu sein – ein neuer Höchstwert. Daher ist auch im aktuellen Quartal nur mit einem leichten Plus bei den Anschaffungen von Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen zu rechnen. Nichtsdestotrotz

Abbildung 4

Gastgewerbeumsatz und Reservierungsanfragen¹
Realer Index



1 Die Reservierungsanfragen wurden mittels einer Regression skaliert.

Quellen: OpenTable, Macrobond; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

Die Reservierungsanfragen kündigten zuletzt wieder Einbrüche im Gastgewerbe an.

Elektronikbereich. Wie in den vorangegangenen Infektionswellen dürfte der Konsum daher auch im Winter, vor allem im ersten Quartal, deutlich niedriger ausfallen als noch in den Sommermonaten des vergangenen Jahres. Allerdings wird der Einbruch bei Weitem nicht so gravierend sein wie im Winter 2020/21, denn durch den stark gestiegenen Bevölkerungsanteil mit einem Immunschutz ist deutlich mehr Aktivität möglich; zudem haben sich die Unternehmen

legten die inländischen Auftragseingänge zum Jahresende noch einmal kräftig zu. Im Sommerhalbjahr, wenn die weltweite Corona-Welle abklingt, Lieferengpässe sich langsam auflösen und der hohe Auftragsbestand abgearbeitet werden kann, dürften sich somit umso deutlichere Nachholeffekte einstellen. Mittelfristig wird die Dynamik allerdings von anderen Faktoren beeinträchtigt. Steigenden Investitionsabsichten stehen insbesondere die hohen Energiekosten entgegen, die für viele Unternehmen knappere Budgets bedeuten: Bereits im vergangenen Herbst gab in einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) über ein Viertel der befragten Unternehmen an, aufgrund von Ausgaben für Strom und Gas weniger finanzielle Spielräume für Investitionen zu haben.⁷

Durch Knappheiten und starke Preisanstiege bei Baumaterialien in der zweiten Jahreshälfte 2021 gingen die Bauinvestitionen über alle Sparten hinweg teils deutlich zurück. Auch im Verlauf dürften die Baupreise weiterhin kräftig zulegen. Hohe Materialkosten werden nach und nach an Auftraggebende weitergegeben und zunehmende Personalknappheit dürfte die Preise zusätzlich treiben: Zwei Drittel der in einer DIHK-Umfrage befragten BauunternehmerInnen gaben an, Stellen aufgrund des Fachkräftemangels nicht besetzen zu können.⁸ Dies zieht vor allem

den Wohnungsbau in Mitleidenschaft. Einem (noch) hohen Auftragsbestand stehen bereits rückläufige Auftragseingänge entgegen. Besonders das Ausbaugewerbe ist hiervon betroffen, dort brach die Produktion zuletzt drastisch ein. Viele Haushalte dürften aktuell Aufträge für nicht dringend notwendige Arbeiten zurückhalten, in der Hoffnung, dass die Preise in Zukunft wieder sinken werden. Die kurzfristige Abschaffung der Subventionen für energetische Sanierungen hemmt die Planung von Renovierungen zusätzlich. Somit ergibt sich über den Prognoseverlauf ein gemischtes Bild: Einerseits dürften die Investitionen in den Wohnungsbau mit Abklingen der Materialengpässe wieder an Dynamik gewinnen. Andererseits werden stärkere reale Anstiege durch die hohen Preise verhindert. Der Wirtschaftsbau dürfte dies nur teilweise ausgleichen. Zwar war dieser im zweiten Halbjahr 2021 ebenfalls deutlich von Materialengpässen und darüber hinaus von der Unsicherheit durch die vierte Corona-Welle betroffen; die Stimmung hellte sich zu Jahresbeginn jedoch wieder auf. Besonders im Tiefbau ließen sich Auftragszuwächse verzeichnen, die sich nach einem verhaltenen Start ins Jahr in einer kräftigen Investitionsdynamik über den Sommer niederschlagen dürften. Das vergangene Jahr war von einer äußerst schwachen Entwicklung im öffentlichen Bau gekennzeichnet. Vor allem die im Zukunftspaket angelegten Mittel, unter anderem für den Kita- und Breitbandausbau, wurden bis dato kaum abgerufen. Wenn diese im Jahr 2022 vermehrt genutzt und außerdem die ambitionierten Baupläne des Koalitionsvertrags konkretisiert und angegangen werden, ist hier wieder mit mehr Dynamik zu rechnen.

⁷ Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2021): DIHK-Umfrage: Unternehmen leiden unter hohen Strom- und Gaspreisen (online verfügbar).

⁸ Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2021): DIHK-Fachkräftereport 2021 (online verfügbar).

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Paul Berenberg-Gossler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik im DIW Berlin | pberenberggossler@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik im DIW Berlin | hengerer@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik im DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik im DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Frederik Kurcz ist Doktorand in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | fkurcz@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 7+8/2022:

www.diw.de/diw_weekly



DIW-KONJUNKTURPROGNOSE

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland¹

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021 ¹	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	0,8	0,6	1,0	0,6	0,7	0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	2,2	1,6	1,5	2,2	1,0	1,6	1,5
Arbeitstage	0,1	-0,1	-0,8	0,8	-1,0	0,0	-1,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	2,3	2,2	1,3	4,1	0,5	2,3	0,4
Produktivität ²	0,5	0,7	1,6	-1,3	2,7	2,3	0,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,0	2,9	2,8	3,2	4,6	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Milliarden Euro							
Konsumausgaben	2571,5	2763,4	2878,0	1331,6	1431,8	1410,9	1467,1
Private Haushalte ³	1767,2	1936,6	2038,1	927,2	1009,4	999,7	1038,4
Staat	804,3	826,8	840,0	404,4	422,4	411,2	428,7
Anlageinvestitionen	788,7	864,1	918,7	408,3	455,8	442,1	476,6
Ausrüstungen	228,3	243,3	261,5	111,8	131,4	124,5	137,0
Bauten	419,1	472,5	502,1	226,2	246,4	244,0	258,0
Sonstige Anlageinvestitionen	141,3	148,3	155,1	70,3	77,9	73,6	81,5
Vorratsveränderung ⁴	-8,8	25,7	34,9	11,6	14,1	17,8	17,2
Inländische Verwendung	3351,4	3653,2	3831,7	1751,6	1901,6	1870,8	1960,8
Außenbeitrag	215,6	155,1	154,2	88,9	66,2	94,6	59,6
Exporte	1690,2	1902,5	2025,6	925,2	977,4	1009,9	1015,8
Importe	1474,6	1747,5	1871,4	836,3	911,2	915,3	956,2
Bruttoinlandsprodukt	3567,1	3808,3	3985,9	1840,4	1967,8	1965,4	2020,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	4,4	7,5	4,1	9,4	5,7	6,0	2,5
Private Haushalte ²	3,5	9,6	5,2	11,7	7,7	7,8	2,9
Staat	6,6	2,8	1,6	4,4	1,3	1,7	1,5
Anlageinvestitionen	7,2	9,6	6,3	9,2	9,8	8,3	4,6
Ausrüstungen	5,2	6,6	7,5	1,7	11,2	11,3	4,2
Bauten	10,3	12,7	6,2	14,9	10,8	7,9	4,7
Sonstige Anlageinvestitionen	1,7	4,9	4,6	5,0	4,9	4,6	4,6
Inländische Verwendung	5,6	9,0	4,9	10,2	8,0	6,8	3,1
Exporte	15,6	12,6	6,5	13,2	11,9	9,2	3,9
Importe	16,2	18,5	7,1	20,8	16,5	9,4	4,9
Bruttoinlandsprodukt	5,9	6,8	4,7	7,3	6,2	6,8	2,7
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt							
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro							
Konsumausgaben	2324,9	2424,8	2494,9	1177,2	1247,6	1230,1	1264,9
Private Haushalte ³	1621,7	1717,1	1783,9	825,8	891,3	878,8	905,0
Staat	701,4	707,1	711,0	350,7	356,4	351,2	359,8
Anlageinvestitionen	676,7	699,7	728,0	332,6	367,1	351,8	376,2
Ausrüstungen	215,3	225,4	240,3	103,7	121,7	114,3	126,0
Bauten	328,8	337,6	347,7	163,2	174,4	170,1	177,6
Sonstige Anlageinvestitionen	131,1	135,8	140,0	64,7	71,1	66,8	73,3
Inländische Verwendung	2983,5	3085,8	3184,1	1493,9	1591,9	1565,3	1618,9
Exporte	1569,2	1668,6	1765,1	811,3	857,2	882,7	882,4
Importe	1370,9	1477,4	1576,1	704,6	772,8	773,6	802,6
Bruttoinlandsprodukt	3183,2	3279,1	3373,6	1601,1	1678,0	1674,3	1699,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,3	4,3	2,9	5,5	3,2	4,5	1,4
Private Haushalte ³	0,4	5,9	3,9	7,4	4,5	6,4	1,5
Staat	3,4	0,8	0,6	1,3	0,3	0,1	1,0
Anlageinvestitionen	1,9	3,4	4,0	1,2	5,5	5,8	2,5
Ausrüstungen	3,6	4,7	6,6	-0,4	9,4	10,2	3,5
Bauten	1,3	2,7	3,0	1,1	4,1	4,3	1,8
Sonstige Anlageinvestitionen	0,6	3,5	3,1	3,7	3,4	3,1	3,1
Inländische Verwendung	1,4	3,4	3,2	3,3	3,6	4,8	1,7
Exporte	9,6	6,3	5,8	4,1	8,5	8,8	2,9
Importe	7,2	7,8	6,7	5,6	9,9	9,8	3,8
Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,0	2,9	2,8	3,2	4,6	1,3

1 Für das Jahr 2021 liegen bislang nur die Verläufe des Bruttoinlandsprodukts vor, die übrigen Quartalsverläufe wurden geschätzt. Dabei wurde insbesondere auf die monatlichen Zahlen des Spezialhandels zurückgegriffen, die deutlich geringere Importe anzeigen.

2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

3 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 23. Februar 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter